

Kiel, 31. Januar 2019

Nr.: 01 /2019

Themen aus dem Landtag (18. Tagung vom 23. Januar bis 25. Januar 2019)

Es reicht nicht viel Wind zu machen, man muss ihn auch nutzen!

Die erste Landtagssitzung im neuen Jahr begann mit einer von der SPD eingebrachten Aktuellen Stunde zum Ausbau der Windenergieplanung, nachdem die Landesregierung eine Woche zuvor angekündigt hatte, dass es wegen der vielen Einsprüche einen dritten Planentwurf geben werde. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Der wahre Grund der Koalition, die Windplanungen der Vorgängerregierung über den Haufen zu werfen, waren die im wahrsten Sinne des Wortes windigen Wahlversprechen Daniel Günthers. Jeder konnte wissen, dass diese unhaltbar sind. Trotzdem hatten weder Grüne, noch FDP den Mut, die CDU nach der Wahl zu stoppen.

Das fällt dieser Koalition nun mit Karacho auf die Füße:

- Die Klimaziele werden aufs Spiel gesetzt, während freitags die Schüler vorm Landtag gegen die Klimakatastrophe demonstrieren.
- Die Koalition schlittert mit ihrer Hinhaltetaktik in rechtliche Grauzonen, riskiert im schlimmsten Fall den Windrad-Wildwuchs und erweist damit den Menschen, die sich Sorgen über Windkraftanlagen vor ihrer Haustür machen einen Bärendienst.
- Die einzige Antwort der Koalition sind Ausnahmegenehmigungen, die mit der Gießkanne verteilt werden sollen – mehr Unsicherheit und weniger Planbarkeit sind kaum möglich.

Und jetzt streiten FDP und CDU auch noch öffentlich darüber, ob womöglich ein weiterer Entwurf folgt. Ein klarer Kurs ist Fehlanzeige. Unter SPD-Führung war Schleswig-Holstein das Energiewendeland Nr.1. Jetzt würgt diese Landesregierung die

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Energiewende ab. In Schleswig-Holstein kann gar nicht genug Wind wehen, um den selbstverschuldeten Schlamassel dieser Koalition auszugleichen!“

Hier geht's zur Rede von Ralf Stegner:

<https://www.youtube.com/watch?v=pGW1y6qx8bY>

Schwarzer Tag für Schleswig-Holsteins Arbeitnehmer*innen!

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen wurde im Januar-Plenum im Landtag das schlechteste Vergabegesetz in der Bundesrepublik beschlossen. Dazu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Hölck:

„Dieses Gesetz fördert Lohndumping und untergräbt den weltweiten Kampf gegen die Nichteinhaltung von Menschenrechten. Der Gipfel der Ungerechtigkeit dabei ist der Verzicht auf die umfassende Kopplung der Vergabe an die Tariftreue. In keinem anderen Bundesland hat das Lohnniveau in den vergangenen Jahren so stark gelitten wie in Schleswig-Holstein. Wir sind der Lohnkeller unter den westdeutschen Bundesländern. Das neue Vergabegesetz von CDU, FDP und Grünen wird diese Entwicklung weiter verfestigen. Den Reichen geben und den Arbeitnehmern nehmen, das bewirkt die Politik Jamaikas. Wir hingegen fordern, das bestehende Gesetz weiterzuentwickeln. Wir wollen die Tarifbindung insbesondere für den ÖPNV, den SPNV, die Freistellungsverkehre und die Abfallwirtschaft. Insbesondere wollen wir nicht, dass in diesen Wirtschaftszweigen bei einem Anbieterwechsel die Leute gefeuert werden.

Deshalb fordern wir eine verpflichtende Personalübernahme bei einem Anbieterwechsel. Das verstehen wir unter sozialem Zusammenhalt. Ca. 14 Milliarden Euro werden jährlich ausgeschrieben und in Straßen- und Schulbau oder öffentliche Dienstleistungen, wie den Nahverkehr, investiert, davon sind 70 – 80 % Lohnkosten. Kein anderes Gesetz ermöglicht einen direkteren Einfluss auf gute Arbeitsbedingungen als das Tariftreue- und Vergabegesetz. Dass sich die Grünen als selbsternanntes soziales Gewissen in der Jamaika-Koalition an der Aushöhlung sozialer Standards munter beteiligen, zeigt das wahre Gesicht dieser Partei. Dieses Gesetz ist eine Schande für unser Bundesland.“

Hier findest du die Rede von Thomas Hölck:

<https://www.youtube.com/watch?v=Y6t40BikDVY>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Für eine echte Wahlfreiheit im Öffentlichen Dienst!

Wir wollen eine echte Wahl für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte sowie eine Unterstützung für diejenigen Bediensteten, die sich bisher schon auf freiwilliger Basis in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichert haben. Deshalb wollen wir ihnen den Einstieg dahin ebnen und haben einen entsprechenden Antrag dazu in den Landtag eingebracht. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Beate Raudies:

„Hamburg hat es schon getan, Bremen will es tun, Brandenburg und Thüringen werden es tun. Und wenn Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen, wird es auch Schleswig-Holstein tun. Mit unserem Gesetz können wir ein Stück Sozialgeschichte schreiben und die gesetzliche Krankenversicherung in SH erstmals zu einer Sozialversicherung machen, in der sich alle versichern können – nicht müssen – und die niemanden ausschließt.

Mit unserem Gesetzentwurf schlagen wir die Einführung eines zusätzlichen Beihilfetatbestands im Landesbeamtengesetz vor, und zwar eine pauschale Beihilfezahlung für Krankenversicherungs-Beiträge. Wir schaffen mit diesem Angebot echte Wahlfreiheit im Öffentlichen Dienst und auch einen Zugang für Beamtinnen und Beamte in die Solidargemeinschaft der Gesetzlichen Krankenversicherung. Für die SPD-Fraktion ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten, dass sich der Staat auch an den Krankheitskosten von gesetzlich versicherten Bediensteten beteiligt. Die jetzige Regelung benachteiligt insbesondere Teilzeitbeschäftigte, Kinderreiche, chronisch Kranke oder Bedienstete mit Behinderung. Für sie kann die Gesetzliche Krankenversicherung die bessere Alternative sein. Hier richten sich die Beiträge nach Einkommen und nicht nach Risiko, und nicht erwerbstätige Familienmitglieder sind beitragsfrei mitversichert. Das macht die gesetzliche Krankenversicherung auch für junge und gesunde Berufseinsteiger attraktiv – sofern sie denn eine echte Wahlmöglichkeit hätten. Wir reden immer wieder darüber, wie wir den öffentlichen Dienst attraktiver machen können. Die Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung wäre da ein guter Baustein.

Hier findest du die Rede von Beate Raudies:

<https://www.youtube.com/watch?v=xAwXM-wNopg>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Diskussionsprozess zur Neugestaltung der Oberstufe öffnen!

Zum Schuljahr 2008/09 wurde in Schleswig-Holstein die Profileroberstufe eingeführt. Der Wechsel vom Kurssystem zu Profilklassen hat sich nicht durchgehend als Erfolg erwiesen. Unterricht im Klassenverband ist weniger altersangemessen als solcher in Kursen. Zuweilen ist unklar, warum bestimmte Fächer eigentlich dem Profil zugeordnet werden, eine intensive Ausrichtung aller beteiligten Fächer auf das Profil ist nicht die Regel. Wir wünschen uns mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Möglichkeiten zur individuellen Schwerpunktsetzung und mehr Eigenverantwortung für die Schülerinnen und Schüler. Zum Diskussionsprozess über die Neugestaltung der Oberstufe an den weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein erklärt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Der von der Landesregierung gewählte Zeitpunkt für eine Diskussion über die Neugestaltung der Oberstufe ist günstig. Der doppelte Abiturjahrgang an den Gymnasien hat die Schulen 2016 verlassen. Bis die neuen G9-Jahrgänge in einigen Jahren die Oberstufe erreicht haben, besteht die Chance, nicht einfach zum alten G9-System zurückzukehren, sondern die Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und beruflichen Gymnasien neu und besser aufzustellen.“

Wir wünschen uns einen breiten Diskussionsprozess zur Neugestaltung der Oberstufe. Das umfasst eine Beteiligung von Schulen -mit Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern- sowie Hochschulen ebenso wie Debatten im Landtag und im Bildungsausschuss des Landtags. Einige Ideen der Landesregierung (z.B. Informatik als Profilmfach, Reformbedarf beim Sprachprofil) unterstützen wir, generell wünschen wir uns aber eine umfänglichere Diskussion.

Wir haben deshalb eigene Vorschläge ebenso wie solche von GEW und Philologenverband zusammengetragen und legen diese als zusätzliche Diskussionsgrundlage dem Landtag vor. Wichtig sind uns aus Sicht der Schülerinnen und Schüler vor allem die Stärkung der Wahlmöglichkeiten, die auch individuelle Wiederholungen oder Vertiefungen beinhalten, die Idee vom ‚Abitur im eigenen Takt‘ und der zusätzliche Raum für Praktika, Auslandsaufenthalte und projektorientierten Unterricht. Für die Persönlichkeitsentwicklung liegen hier mehr Möglichkeiten als im Klassenraum. Für die Lehrkräfte wünschen wir uns bei einer Rückkehr zum Tutorensystem feste Tutorenstunden, die auf die Unterrichtsverpflichtung angerechnet werden.

Hier geht's zur Rede von Martin Habersaat:
<https://www.youtube.com/watch?v=UfxbFk51Px8>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Das Land darf die Kommunen mit Sturmschäden nicht im Stich lassen!

Schleswig-Holstein ist DAS Tourismusland! Die Sturmfluten, die unser Land Anfang des Jahres getroffen haben, dürfen dem Tourismus nicht schaden. Deshalb haben wir einen Berichtsantrag in den Landtag eingebracht, weil wir wissen wollen, welche Schäden es gegeben hat und welche unterstützenden Maßnahmen die Landesregierung gegebenenfalls ergreift, um die Schäden wieder zu beseitigen. Dazu erklärt die tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Regina Poersch:

Nicht erst, aber erst recht seit der zündenden neuen Tourismusstrategie wurden enorme Anstrengungen aller Beteiligten unternommen, unseren Gästen einen qualitätvollen, wunderschönen Urlaub zu bieten. Die Zahlen geben den Bemühungen recht: Der Schleswig-Holstein-Tourismus setzt zu immer neuen Höhenflügen an und scheint nicht zu bremsen zu sein. Die berühmten 30 Millionen Übernachtungen sind mit 33 Millionen zwischen Januar und November 2018 bereits überschritten, und der Anteil der Ostsee hieran ist beträchtlich: Von Januar bis November 2018 wurden an der Ostsee 15.636.683 gewerbliche Übernachtungen gezählt! Ein Plus zum Vorjahreszeitraum von 18,7%!

Davon hat jedoch nicht nur die Ostseeküste, davon hat das gesamte Land gut! Allein die touristisch bedingten Steuereinnahmen für den Landeshaushalt betragen 209 Mio. Euro. Jahr für Jahr. Deshalb muss es uns alle angehen, wenn Stürme Strand wegspülen, Seebrücken ihre Standfestigkeit verlieren und auch sonst Ostseebäder große Schäden an ihrer touristischen Infrastruktur zu beklagen haben. Laboe, Stein, Schönberg, Hohenfelde, Hohwacht/Lippe, Behrendorf, Heiligenhafen: Die Liste ist lang. Und ich fürchte, wir werden uns auf weitere Stürme und Schäden nicht nur in diesem Winter, sondern in vielen weiteren einstellen müssen.

Eine Strategie wäre nicht schlecht, ein tragfähiges Konzept, das langfristig Strände und Küsten sichert. Aber bis es so weit ist, sind Soforthilfen dringend erforderlich. So wie 2017, als das Land erstmals schnell nach den Stürmen eine Summe von 2 Mio. EUR in Aussicht stellte. Davor hatte es in Schleswig-Holstein nach Sturmschäden keine Kostenübernahme durch das Land gegeben. Einige Kommunen haben vor zwei Jahren Schäden selbst behoben, andere konnten das schlichtweg nicht. Einige Kommunen versuchten, in die Schadensliste gleich ein paar neue Küstenschutzmaßnahmen mit einzurechnen.

Unterm Strich hatten wir es 2017 mit einer Schadenssumme von knapp 4 Mio. EUR zu tun – davon 2 Mio. EUR für Sandabspülungen, 1. Mio. EUR Schäden an touristischer

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Infrastruktur und 1 Mio. EUR an kommunaler Küstenschutzstruktur. 70 Schadensfälle in 32 Orten.

Die Hälfte der Schadenssumme wurde vom Land übernommen. Das war genau richtig! Die Landesregierung darf die Kommunen nicht im Stich lassen. Wir können nicht abwarten, bis sich der letzte Sturm gelegt hat! Hilfen müssen jetzt anlaufen und nicht erst aufgrund einer nach Ende des Winters noch zu erstellenden Schadensbilanz! CDU, FDP und Grüne müssen jetzt handeln!

Hier kannst du dir die Rede von Regina Poersch anschauen:

<https://www.youtube.com/watch?v=1YIKhEu58Uo>

Der Brexit zeigt, wohin Populismus führt!

Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wird in Schleswig-Holstein zu einem immer drängenderen Thema. Und er betrifft eben nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Schulen, Initiativen, Vereine, Hochschulen, Kommunen und zahllose Bürgerinnen und Bürger, die Verbindungen nach Großbritannien haben. Deshalb fordert die SPD einen Brexit-Beauftragten für Schleswig-Holstein. Dazu erklärt der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Wir leben in einer Zeit, in der das, was politisch undenkbar ist, beinahe im Wochentakt neu definiert werden muss. Für das Vereinigte Königreich gilt das im Besonderen. Debatten, wie wir sie heute im Unterhaus verfolgen, wären noch vor kurzem nicht vorstellbar gewesen. Ebenso wenig eine konservative Premierministerin, die ohne parlamentarische Mehrheit von den Hardlinern in ihrer eigenen Fraktion vorgeführt wird.

Und niemand kann in dieser Situation seriös voraussagen, was in den kommenden Wochen passiert. Klar ist, dass die Option des unregulierten Brexits weiter auf dem Tisch liegt. Nach den letzten Äußerungen der Premierministerin erscheint er sogar als der wahrscheinlichste Ausgang eines traurigen Dramas. Man muss schon ein großes Faible für britischen Humor haben, um darüber noch lachen zu können, was in Wirklichkeit ein Trauerspiel für Europa und eine Tragödie für Großbritannien ist. Ob unreguliert oder geregelt, der Brexit trifft uns auch in Schleswig-Holstein. Und das in vielen Bereichen. Großbritannien gehört zu den wichtigsten Außenhandelspartnern unseres Landes. Die jahrzehntelange Partnerschaft hat zu einer engen Verflechtung der Wirtschaft geführt, die Zerschlagung wird absehbar dramatische Folgen haben. Aber auch die regionale Kooperation in der Nordseeregion ist betroffen, die Zusammenarbeit

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

bei Kriminalitätsbekämpfung und Terrorabwehr, Partnerschaften im kommunalen und kulturellen Bereich.

Und auch die indirekten Folgen werden Schleswig-Holstein durch die Einschnitte bei den EU-Förderprogrammen massiv treffen. Vor allem aber stellt die derzeitige Hängepartie zahlreiche Bürgerinnen und Bürger vor große Unsicherheiten: Familienbesuche und Urlaube, Studienaufenthalte oder Schulaustausche. Schon jetzt ließe sich die Liste weit fortsetzen, viele Betroffenheiten werden sich erst in der Praxis zeigen. Das ist eine Situation, in der Politik sich nicht wegducken darf und überall Verantwortung wahrnehmen muss.

Hier geht's zur Rede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=-zwPbOsuHRo>

Alle Möglichkeiten der Aufarbeitung nutzen und fortsetzen

Mit dem öffentlichen Symposium „Die Vergangenheit im Kopf – die Zukunft in der Hand“ am 28. und 29. November 2018 hat sich der Landtag einem schrecklichen Kapitel Schleswig-Holsteinischer Geschichte gestellt. Erstmals kamen die heute erwachsenen Opfer des Missbrauchs in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Behindertenhilfe in Schleswig-Holstein zu Wort. Es war erschreckend, von den Schmerzen, der Gewalt, der Gleichgültigkeit und der Herzenskälte zu hören, der diese Menschen als Kinder und Jugendliche ausgesetzt waren. Kinder und Jugendliche, die für Medikamentenversuche missbraucht wurden und schlimmster, schwarzer Pädagogik wehrlos ausgesetzt waren. Dazu erklärt SPD-Sozialpolitiker Wolfgang Baasch:

„Es ist beschämend, dass wir erst heute im Jahr 2018/2019 mit einer öffentlichen Aufarbeitung dieser Vorgänge beginnen. Lange wurde den ehemaligen Heimkindern nicht geglaubt. Obwohl ihre Erlebnisse lange bekannt sind, ist bisher viel zu wenig passiert. Die Beratungsstelle der Stiftung „Anerkennung und Hilfe in Schleswig-Holstein“ unterstützt seit 2017 Betroffene durch Beratung und bei der Antragstellung um Entschädigungsleistungen.

Die Mitarbeiter der Beratungsstelle leisten hier eine vorbildliche und anerkannte Arbeit. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung, die die Medikamentenversuche in Psychiatrien und Heimen in Schleswig-Holstein zwischen 1945 und 1975 untersucht, soll ihre Ergebnisse bis 2021 vorlegen. Dies macht deutlich, wie spät und wieviel zu spät wir uns jetzt diesem dunklen Kapitel schleswig-holsteinischer Geschichte stellen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Mit dem Symposium haben die Betroffenen Gehör im Landtag gefunden. Beeindruckend waren der Mut und die Klarheit, mit der ehemalige Heimkinder – heutige Erwachsene – die Leiden und Qualen, aber auch ihre Alpträume und Ängste, in aller Öffentlichkeit geschildert haben. Dafür gilt unser aller Respekt vor diesen mutigen, couragierten, manchmal aber auch bis an psychische Belastungsgrenzen gehenden Berichte.

Nun gilt es dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Aufarbeitung alle verfügbaren Informationen und Akten von Trägern, von Kliniken, Heimen, Einrichtungen und der Pharmazeutischen Unternehmen geöffnet und zur Verfügung gestellt werden. Mit unserem Handeln und unseren Möglichkeiten müssen wir die wissenschaftliche Aufarbeitung in all ihren Aspekten – auch der schwarzen Pädagogik und der brutalen Gewalt durch die damals Verantwortlichen unterstützen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Betroffene nicht durch bürokratische Hürden ein zweites Mal zu Opfern werden. Das gilt sowohl für Antragsfristen wie auch für zu eng gefasste Regelungen im Entschädigungsrecht. Wir sollten dabei die Arbeit der Stiftung Anerkennung und Hilfe und die Ergebnisse der Beratungen im Beirat der Stiftung intensiv begleiten.

Wir sollten auch darauf achten, dass Betroffene, die als Heimkinder schweres Leid in Schleswig-Holstein erlitten haben, im Alter, bei Krankheit oder im Pflegefall individuelle Unterstützungs- und Hilfestellungen bekommen. Die Verletzung und Missachtung von Menschenrechten, die Misshandlung von Kindern und Jugendlichen, die in der Obhut des Staates eigentlich Schutz finden sollten, darf nie wieder geschehen.“

Hier findest du die Rede von Wolfgang Baasch:
<https://www.youtube.com/watch?v=3KrnJVCWQQ0>

Schulen helfen, nicht sie beschimpfen

Zum Regierungsbericht „Einführung eines Bildungsbonus für Schulen in Schleswig-Holstein“ erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Am 22. September 2017 hat der Landtag in Bezug auf Schulen mit besonderen Herausforderungen drei Dinge beschlossen: Die Landesregierung sollte zu deren Förderung bis zum Ende des dritten Quartals 2018 ein Konzept vorlegen. Es sollten die Personalausstattung und darüber hinausgehende Bedarfe berücksichtigt werden und es hieß, dass es um „Schulen, die in Sozialräumen mit besonderen Herausforderungen liegen“, gehen soll.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

An allen drei Punkten lässt das vorgelegte Papier zu wünschen übrig. Was am 23. Januar im Landtag diskutiert werden soll, kam zu spät. Es berücksichtigt zwar auch andere Bedarfe als die nach Personal, aber sicher nicht über die Personalausstattungsbedarfe hinaus. Bisher bleibt völlig offen, auf wie viele Schulen die zur Verfügung stehenden Mittel verteilt werden und ob auch nur annähernd das zur Verfügung stehen wird, was vor Ort gebraucht wird. Und, das ist das Schlimmste, die Bildungsministerin gibt den Schulen die Schuld an ihrer Lage, die für ihren Standort allerdings mit Sicherheit nichts können.

Positiv ist, dass zusätzliche Hilfen für Schulen mobilisiert werden und dass die Vergabe der Mittel an Konzepte geknüpft wird, die vor Ort in den Schulen erarbeitet werden. Positiv ist auch, dass Frau Prien sich der unter ihrer Amtsvorgängerin erarbeiteten Definition von guter Schule anschließt. Es bleibt allerdings unklar, ob es nun um Schulen in schwierigen Sozialräumen geht oder um Schulen, die aus Sicht des Ministeriums nicht gut genug arbeiten. So ist von „failed schools“ die Rede und ganze Passagen des Berichts lesen sich als Angriff auf Schulen, die es ohnehin nicht leicht haben.

Auch sollen sich Schulen zur Problem- bzw. „Perspektivschule“ erklären und um Hilfe bewerben. Das ist nicht im Sinne der Landtagsberatungen vom September 2017 und ganz sicher nicht in dem Geist, in dem die SPD diesen Antrag unterstützt hat.“

Hier findest du die Rede von Martin Habersaat zu diesem Thema:
<https://www.youtube.com/watch?v=pz7FZkOZ930>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



FDP so:

Tariftreue?

Kinderarbeit?

Das ist uns doch egal!



Wir so:

Faire Löhne.

Gute Arbeit.

Menschenrechte.

Die Fraktion



Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de